

Schweiz setzt Mindestkurs zum Euro fest

Zürich (dpa). Mit einem festen Mindestkurs zum Euro will die Schweizerische Nationalbank (SNB) die heimische Wirtschaft vor den Folgen der Franken-Rekordjagd schützen. Künftig wollen die Währungshüter in Zürich keinen Euro-Kurs unterhalb von 1,20 Franken pro Euro tolerieren. "Die gegenwärtige massive Überbewertung des Schweizer Frankens stellt eine akute Bedrohung für die Schweizer Wirtschaft dar und birgt das Risiko einer deflationären Entwicklung", heißt es in einer knappen Mitteilung.

"Die Nationalbank wird den Mindestkurs mit alter Konsequenz durchsetzen und ist bereit, unbeschränkt Devisen zu kaufen", versicherte die SNB weiter. Sollten die Interventionen nicht die gewünschte Wirkung erzielen, sei sie zudem bereit, weitere Maßnahmen zu ergreifen. An den Finanzmärkten sorgte die Ankündigung für massive Kursbewegungen

Ein Mindestkurs von 1,20 Franken zum Euro bedeutet, dass ein Schweizer Franken höchstens 0,833 Euro wert sein darf. Zum Vergleich: Ende 2007 war ein Franken für etwa 0,60 Euro zu haben - in der Spitze kostete er in diesem Jahr dann 0,97 Euro, eine Aufwertung also von mehr als 60 Prozent innerhalb weniger Jahre.

Der starke Franken belastet die Schweizer Exportwirtschaft enorm, weil er deren Waren auf Auslandsmärkten deutlich verteuert

Leipzig. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler sieht gute Chancen für seine Verfassungsbeschwerde gegen den Euro-Rettungsschirm. Denn die Ereignisse der vergangenen Monate hätten seine Befürchtungen bestätigt. „Lieber wäre es mir gewesen, wenn die Entwicklung des letzten Jahres mir und meinen Bedenken unrecht gegeben hätte.“ Das Bundesverfassungsgericht entscheidet heute über die Klage Gauweilers.

Frage: Sehen Sie sich durch die Entwicklungen der vergangenen Monate bestätigt?

Peter Gauweiler: Alle zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse über die Euro-Krise, die in Wirklichkeit keine Krise der Währung, sondern eine Schuldenkrise mancher Eurostaaten ist, sowie die Stellungnahmen der ökonomischen Experten bestätigen die mit meiner Verfassungsbeschwerde vertretene Position: Der Euro Stabilitätsmechanismus verstößt eindeutig und evident gegen das Bail-out-Verbot des Vertrages, erschüttert die Stabilität der Währung, anstatt sie zu gewährleisten, und dass alle von den Sachverständigen vorgeschlagenen Alternativen zum Rettungsschirm besser gewesen wären, als der von der Bundesregierung gewählte Weg. Dies führt aber nicht zu einem erhabenen Gefühl der Bestätigung, da es ja absehbare Befürchtungen sind, die eingetreten sind. Lieber wäre es mir gewesen, wenn die Entwicklung des letzten Jahres mir und meinen Bedenken unrecht gegeben hätte.

Wie kommen wir aus der Kos-tenfalle Heraus?

Peter Gauweiler über die Schuldenkrise in Europa, die Folgen für Deutschland und seine Verfassungsbeschwerde

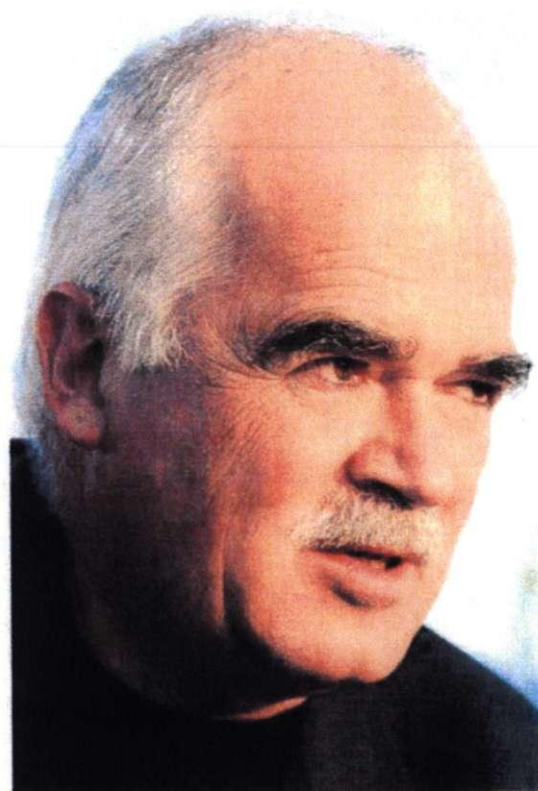
Grundsätzlich wird kein Weg ums Sparen herumführen. Sparpakete können aber auch das Wirtschaftswachstum bremsen, Konjunkturpakete könnten zu Inflation führen und damit den deutschen Sparer bestrafen. Einen Königsweg, völlig ohne Nachteile, gibt es nicht, aber Alternativen, die besser, ehrlicher und weniger belastend sind.

Zum Beispiel?

Um es an Griechenland festzumachen. Da stellt sich die Frage, ob es besser ist, den Konkurs zu verschleppen und gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen, als einen klaren Schnitt zu ziehen und damit einen Neuanfang zu ermöglichen. Im Fall Griechenlands ist mir ein Ende mit Schrecken lieber als ein

Schrecken ohne Ende. Staatspleiten hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben. Staaten wie Argentinien, Russland oder die Türkei konnten wieder gesunden, weil sie mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds einen klaren Schnitt gezogen und sich zu einer Umschuldung durchgerungen haben. Und inzwischen sagen ja auch Vertreter der Bundesregierung, dass Griechenland noch mehr als ein Schuldenproblem ein massives Problem mit der Konkurrenzfähigkeit hat. Das ist nicht lösbar, solange das Land unter den massiven Sparzwängen ist und ihm durch den Verbleib in der Eurozone die Möglichkeit verwehrt ist, die Währung abzuwerten und die eigenen Wirtschaftsleistungen wieder konkurrenzfähig zu machen. Dies scheint aber mit Rücksicht auf drohende Abschreibungen von Banken durch deren Inte-

„Wer rettet die Retter?“



Fordert einen Schuldenschnitt Griechenlands: Peter Gauweiler Foto: pd

ressenvertreter in der Politik nicht gewollt.

Droht Deutschland auch eine Pleite?

Bislang nicht solange es bei der von der Bundesregierung immer wie angesprochenen Momentaufnahme einer bloßen Bereitstellung der verbürgten Euro-Milliarden Deutschlands

bleibt. Sollte es aber zur Inanspruchnahme, das heißt Auszahlung des verbürgten Geldes zugunsten der begünstigten Banken kommen, dann werden einige Bereitsteiler wie Portugal, Spanien oder Italien darauf hinweisen, dass sie aufgrund ihrer eigenen Schuldenprobleme nicht mehr Retter sein kön-

nen, sondern selber Rettungsbedarf anmelden. Wer aber rettet die Retter? Deutschland, Luxemburg und Finnland werden dies im Alleingang nicht schaffen können.

Was bedeutet das europäische Schulden-Dilemma für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland?

Die Entwicklung an den Börsen zeigt eine sich selbst erfüllende Prognose. Durch den gestiegenen Pessimismus bezüglich der Zahlungsfähigkeit europäischer Euro-Staaten - und der Haushaltssituation der USA - gehen die Börsen von einer nachlassenden Nachfrage nach qualitativ hochwertigen deutschen Wirtschafts- und Konsumgütern aus. Die Aktienkurse sinken, obwohl die Konjunkturprognosen noch nicht besorgniserregend sind. Als Folge der Geldvernichtung durch stark gefallene Aktienkurse und aus Angst vor Zahlungsausfällen durch europäische Schuldnerstaaten horten die Banken Geldreserven, misstrauen anderen Banken und vergeben kaum noch Kredite. Durch die geringere Kreditvergabe werden notwendige Investitionen in der Wirtschaft und im privaten Bereich nicht umgesetzt. Auch Privathaushalte stellen sich auf Krisenzeiten ein und konsumieren weniger. Das wiederum trifft nun auch die Einnahmenseite der Unternehmen und kann in die Stagnation oder Rezession führen.

Ist der Bundestag bei der Verabschiedung der Rettungspakete ausreichend eingeschaltet worden?

Nein. Die Verabschiedung aller Hilfspakete hatte eine Gemeinsamkeit übertriebene Eile. Unter der Behauptung, nur ein unverzügliches Handeln könnte

verhindern, dass die Kapitalmärkte nervös reagieren, wurden die Pakete durch den Bundestag gepeitscht stets in einem beschleunigten Verfahren, das die Einbeziehung von externem Sachverstand, das Nachdenken und eine ernsthafte Debatte unmöglich machten. Inzwischen hat die Bundestagfraktion der Grünen exakt wegen dieses Vorwurfs eine eigene Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Sind Eurobonds der Ausweg aus der Schuldenkrise?

Mit Einführung der Eurobonds würde für Deutschland zusätzlich auch die jährliche Summe, die für die Kredittilgung erforderlich ist steigen, da dann bei der Berechnung der Kreditwürdigkeit nicht mehr die Kreditwürdigkeit Deutschlands allein ausschlaggebend ist sondern auch die Kreditwürdigkeit Griechenlands, Spaniens, Portugals, Irlands und Italiens in die Festlegung des für die Deutschen Schulden zu zahlenden Kreditzinses mit einfließt. Selbst Bankexperten wie der Chef der Commerzbank Martin Blessing lehnen die Eurobonds ab, da die gemeinsamen Anleihen den Druck auf die Krisenländer verringern, ernsthaft zu sparen. Inzwischen signalisiert die Rating-Agentur Standard&Poor's, sie würde Eurobonds eine katastrophale Note für deren Kreditwürdigkeit ausstellen, etwa auf dem Niveau der Kreditwürdigkeit Griechenlands. Im ungünstigsten Falle würden also die Deutschen für Ihre Kredite die gleichen hohen Zinsen zahlen wie Griechenland, ohne dass sich die dortigen Probleme um einen Deut verbessert hätten.

Interview: Thilo Boss, Markus Werning